



EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG

Nein zur Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

Die Idee eines obligatorischen Bürger:innendienstes wirkt auf den ersten Blick sympathisch. Die unbezahlte Arbeit – Kinder betreuen, Angehörige pflegen, Nachbarschaftshilfe leisten – hält unsere Gesellschaft am Laufen, wird aber weder entlohnt noch angemessen anerkannt. Die Initiative riskiert, diese Arbeit weiter zu entwerten: Indem sie unbezahlte gesellschaftliche Dienste als «neue Pflicht» einführt, ignoriert sie die alltägliche Leistung vieler – vor allem Frauen – in der Sorgearbeit.

Doch nicht nur die unbezahlte, sondern auch die bezahlte Care-Arbeit könnte unter Druck geraten. Anstatt die dringenden Investitionen in gute Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Betreuung aufzubringen, könnten mit der Initiative günstige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Dies würde allerdings die Professionalisierung und Aufwertung dieser Berufe weiter gefährden.

Ja zur Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Die Initiative für eine Zukunft der JUSO will, dass Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken zu 50 % besteuert werden. Die ersten 50 Millionen sind in jedem Fall steuerfrei. Nur das Vermögen über 50 Millionen ist betroffen. Die Einnahmen sollen zur Bekämpfung der Klimakrise eingesetzt werden.

Gemäss Bundesamt für Statistik wären davon etwa 2'500 Personen in der Schweiz betroffen, also ausschliesslich Superreiche. Die wachsende Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie. Zudem verursachen Superreiche deutlich mehr klimaschädliche Emissionen. Während die Emissionen der Bevölkerung insgesamt gesunken sind, sind jene der Reichen in den letzten 30 Jahren um 30 % gestiegen. Nach dem Verursacherprinzip ist es gerechtfertigt, dass sie mehr zum Klimaschutz beitragen. Die Mitglieder der SP Pratteln – Augst – Giebenach haben deshalb die JA-Parole gefasst. Wir unterstützen die Initiative unserer Jungpartei und sagen klar JA.



KANTONALE ABSTIMMUNGEN

Nein zur Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes vom 26. Juni 2025 betreffend Erhöhung des Vermögensverzehrs

Die Renten der Alters-, Hinterlassenen- und Invaliditätsvorsorge reichen nicht immer aus, um die Lebenshaltungskosten vollständig zu decken. Für solche Fälle gibt es die Ergänzungsleistungen (EL). Die jährlichen Ergänzungsleistungen entsprechen gemäss Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG, SR 831.30) demjenigen Betrag, um den die anerkannten Ausgaben einer Person deren anrechenbaren Einnahmen übersteigen. Als anrechenbare Einnahmen zählt auch ein Anteil des Vermögens. Dieser sogenannte Vermögensverzehr beträgt bei AHV-Beziehenden 10 Prozent und bei IV-Beziehenden 6,7 Prozent des Vermögens.

Mit dieser Revision werden Beziehende von Ergänzungsleistungen zusätzlich belastet. EL-Beziehende kommen ohnehin kaum über die Runden mit ihrem Einkommen. Einmal mehr will der Kanton auf Kosten jener sparen, die am wenigsten haben. Wir setzen uns für ein NEIN zur Teilrevision ein.

Ja zur Verlegung der Naubrücke in Laufen: Genehmigung des generellen Projekts »

Im Januar 2025 starteten die Bauarbeiten für das kantonale Hochwasserschutzprojekt entlang der Birs in Laufen. Das Projekt erfordert unter anderem einen Neubau der bestehenden Naubrücke. Aufgrund der starken Aufweitung der Birs muss die künftige Brücke fast doppelt so lange sein wie die bisherige. 2019 konnte der Kanton Basel-Landschaft für das Hochwasserschutzprojekt das Spilag-Areal erwerben. Daraus ergab sich die Möglichkeit eines alternativen Brückenstandorts. Die technische, planungsrechtliche und städtebauliche Machbarkeitsstudie zeigte, dass durch die Verlegung Strasse und Schiene gebündelt werden können. Dadurch wird im Gebiet Nau ein Grünraum für Freizeitnutzungen in Zentrumsnähe geschaffen. Insbesondere kann zwischen dem Schlachthaus und der Eishalle neu eine verkehrsberuhigte und zusammenhängende Fläche nahe der Altstadt entstehen. Diese bietet der Bevölkerung von Laufen einen attraktiven und zentral gelegenen Freiraum für Naherholung, Freizeit und Sport.

Das Projekt wurde im Mai vom Landrat mit 77:2 Stimmen genehmigt. Dagegen wurde das fakultative Referendum ergriffen, weshalb wir nun darüber abstimmen. Unsere Mitglieder haben die JA-Parole beschlossen.